gen das etwa zwei Milliarden Euro dicke Polster schnell. Die Auszahlung musste gestoppt werden, nun wird der Fonds bis 2017 abgewickelt. Zwar sollen die Immobilienanlagen künftig stärker reguliert werden, doch für viele Anleger kommen die neuen Regeln zu spät: Erst ab 2013 gelten längere Haltefristen und strengere Bewertungsmaßstäbe für die Fonds-Immobilien.

Weil Risiken verharmlost und dem einfachen Anleger kaum bewusst gemacht worden seien, bereitet der Frankfurter Fachanwalt Klaus Nieding derzeit eine Schadensersatzklage gegen den Fonds P2 Value von Morgan Stanley vor. Die Anlage war von einer deutschen Tochter der US-Investmentbank als „komfortables Sparpaket“ gerade auch für solche Privatanleger angepriesen worden, die mit Immobilien „nicht vertraut“ sind. Auch dieser Fonds wird gerade abgewickelt.

Der P2 Value lockte neben privaten Sparern auch institutionelle Großanleger an, wodurch ein „schwer durchschaubares Klumpenrisiko entstand“, so Nieding. Zeitweise bestanden zudem über 36 Prozent des Fondsvermögens aus Fremdkrediten, die jetzt beim Ausverkauf vorrangig bedient werden müssen. Morgan Stanley beantwortete Fragen dazu nicht.

Als Privatanlage mit nur geringem Risiko war auch der Stratego Grund der Landesbank Berlin verpackt – ein Immobiliendachfonds, der in andere Immobilienfonds investierte und vor einigen Wochen einknickte. Im Juni 2010, als die Krise nicht mehr zu leugnen war und zahlreiche Fonds in Schwierigkeiten waren, ging Karl-Heinz Pollack zur Berliner Sparkasse. Nach schlechten Erfahrungen mit anderen Banken wollte er dort sein Erspartes „in Sicherheit“ bringen.

Auf Empfehlung seiner Beraterin steckte er 30 000 Euro in den Stratego Grund: „Sicherheit vor Kapitalverlust war meine Devise“, so Pollack. Die Berliner Sparkasse sagt, die Kunden seien jederzeit auch zu den Risikohinweisen beraten worden, die genaue Vermögensaufstellung des Fonds sei den Berichten zu entnehmen gewesen. Pollack sagt dagegen, er habe kein Wort zum längst maroden Zustand der Fondsbranche vernommen. Hätte er zudem gewusst, dass die Manager damals neben Immobilien auch griechische Staatsanleihen im Depot hielten, dann hätte er dem Ganzen nie zugestimmt.

Ähnlich wie Pollack ging es vor einigen Wochen einem jungen Paar in einer Filiale der Sparkasse. Auch ihm war der Stratego Grund empfohlen worden, als sichere Anlage für den dreijährigen Sohn. Als es seinen langjährigen Berater zur Rede stellte, zeigte der Verständnis: Die Bank, sagte er, könne dem Paar entgegenkommen: „Wir können Ihnen Geld leihen.“

Nils Klawitter

AFFÄREN

Ehrenmänner unter sich

Ein russischer Lobbyist wirbelt den Energiekonzern EnBW durcheinander. Neue Dokumente bringen alte und aktuelle Vorstände des Unternehmens in Bedrängnis.

Am vergangenen Freitag hat Andrej Bykow seine Mitarbeiter nach Hause geschickt. Nicht in ein langes Wochenende, sondern zum Beten.

„Weil wir ja Fastenzeit haben“, sagt der Moskauer Geschäftsmann. Die russisch-orthodoxe Kirche bereitet sich auf das Fest Peter und Paul vor, Bykow auf die nächste Runde in seinem Ringen mit EnBW, dem drittgrößten deutschen Energieunternehmen.

Nur die Sekretärin ist da. Sie stellt Tee auf den Konferenztisch, Geschmacksnote Morgentau. An der Wand hängen 51 Kopien wertvoller Ikonen, deren Originale Bykow gehören. Rechts thront eine Bronzestatue von Jesus mit der Dornenkrone, links die Mutter Gottes.

Bykow steht im Zentrum eines Skandals rund um den Karlsruher Energieversorger EnBW. Der Schattenmann, bis vor kurzem nur wenigen Insidern bekannt, ist seit zwei Jahrzehnten einer der Strippenzieher im zehn Milliarden Euro umfassenden russisch-deutschen Gashandel. Mehr als 200 Millionen Euro haben die Deutschen für Vermittlungsleistungen an den Russen bezahlt. Bykow will damit „Landschaftspflege betrieben“ haben, um EnBW Gasfelder in Russland zu sichern. Der Fall könnte amtierende und ehemalige Vorstände von EnBW in schwere Bedrängnis bringen. Wenn es stimmt, was Bykow sagt, dann geht es nach deutschem Recht um einen Abgrund an Korruption. Diesen Verdacht erhärten Dokumente, die der SPIEGEL eingesehen hat. Vergangene Woche hat die Mannheimer Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und Untreue gegen sieben Spitzenmanager eingeleitet.

MATHIAS KROHN / EVENTPRESS

Strippenzieher Bykow
Wertvolle Dienstleistungen

Zu dieser Zeit saß Bykow in seinem Büro in einem sechsstöckigen Plattenbau im Norden Moskaus. Dort nahm er letzte Korrekturen an einem Brief an die EnBW-Großaktionäre vor – das Land Baden-Württemberg und neun Landkreise unter dem Dach der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke.

Bykow hatte sich entschieden, in die Offensive zu gehen. Das 13-seitige Schreiben untermauert nicht nur den aus Bykows Sicht „rechtmäßigen Anspruch“ auf millionenschwere Zahlungen aus 34 Beraterverträgen. Zugleich liefert der umtriebige Russe neue, stichhaltige Belege für seine Behauptung, dass es sich bei den mit ihm abgeschlossenen Vereinbarungen um Verträge mit doppelter Zielsetzung gehandelt habe.

Ein Fakt, sagt Bykow, der im EnBW-Vorstand „jedem bewusst gewesen ist und den die Herren nun vertuschen wollen“.

Dem schwächelnden Konzern sei es darum gegangen, sich Zugang zu russischen Gasfeldern zu sichern, schreibt Bykow. Der damalige französische EnBW-Großaktionär EDF habe das Geschäft hintertrieben, um EnBW mit französischem Atomstrom zu versorgen.

An den Franzosen vorbei sollte Bykow für EnBW Gasgeschäfte in Russland anbahnen. Getarnt und bezahlt wurde das alles dem Schreiben zufolge durch sehr spezielle Vertragskonstruktionen. Ihr Inhalt: jährliche Uranlieferungen im Wert von 30 Millionen Euro oder Beratung beim Rückbau alter Atommeiler.

Mehr als 200 Millionen Euro, das ist inzwischen unstrittig, hat EnBW in den vergangenen Jahren aus Beraterverträgen an Bykow gezahlt. Einen großen Teil davon,

TORSTEN SILZ / DAPD

Konzernchef Villis: *Millionen für die Landschaftspflege*

behauptet der Lobbyist, habe er in Russland für Landschaftspflege ausgegeben. Gebaut und renoviert wurden Kirchen, Klöster und Schulen, um bei Politikern Türen für EnBW und ihre Nachfrage nach russischem Gas zu öffnen.

Der Rest der Summe war Honorar. Geliefert, so Bykow, habe er für dieses Geld insbesondere zwei unterschriftsreife Projekte, mit denen sich die EnBW in Russland an großen Gasfeldern beteiligen konnte. Im Jahr 2002 habe sich der Konzern für „nur 350 Millionen US-Dollar“ einen 50-prozentigen Anteil an dem 900 Milliarden Kubikmeter großen Erdgasfeld Kharampur „fast gesichert“. Allerdings sei EnBW auf Druck der Franzosen im letzten Moment wieder abgesprungen. Sechs Jahre später sei ein ähnliches Projekt wieder in letzter Minute abgeblasen worden.

Nun, klagt Bykow, solle er als Sündenbock herhalten. Nur deshalb habe EnBW die Schiedsgerichte angerufen und fordere nun Millionenbeträge zurück. Dabei habe er als „Ehrenmann immer präzise das gemacht, was vereinbart wurde“.

EnBW verbreitet unter dem noch amtierenden Chef Hans-Peter Villis eine völlig andere Version. Danach habe es keine rechtswidrigen Scheinverträge gegeben – schon gar nicht zur Verschleierung von Gasgeschäften. Auch Villis’ Vorgänger weisen die Anschuldigungen zurück.

Bei den Verträgen mit Bykow sei es vor allem um Uranlieferungen und den Rückbau von Kernkraftwerken gegangen. Diese Verträge jedoch habe der Russe nicht mehr erfüllt, weshalb man die vorab gezahlten Millionen nun zurückfordere.

Tatsächlich scheint die Position der EnBW fragwürdig. Und das nicht nur, weil zwei von drei Schiedsgerichten Bykow inzwischen große Summen des gezahlten Geldes zugesprochen haben. Ein Schiedsgericht in der Schweizer Steueroase Zug etwa hatte vor zwei Wochen eine Zwölf-Millionen-Euro-Forderung von EnBW abgewiesen.

Bykow verfügt über schriftliche Zusatzverträge, die erhebliche Zweifel nähren, ob die deutschen Strommanager tatsächlich nichts von Gasgeschäften gewusst haben. So leistete EnBW im Jahr 2008 eine Vorauszahlung auf zwei Jahre später geplante Uranlieferungen in Höhe von 24 Millionen US-Dollar. Die Forderungen, heißt es in dem Nebenvertrag, sollten mit dem Projekt „Boracay“ verrechnet werden. Das war der Codename für jene zwei Gasfelder, die Bykow für EnBW zuvor an Land gezogen hatte, ohne dass die Deutschen zuschlugen.

Noch eindeutiger wird der Entwurf eines EnBW-Revisionsberichts aus dem Jahr 2004. Der als „streng vertraulich“ deklarierte Vorstandsreport setzt sich mit den „Auslandsaktivitäten“ des Konzerns vor allem in Osteuropa auseinander.

Bei den Verträgen der Bykow-Firmen kamen die Prüfer zu erstaunlichen Befunden. Danach enthielten die vermeintlichen Uranlieferverträge keine konkreten „Leistungen, die man in der Vergangenheit nicht auch ohne Vermittlung durch Dritte erhalten“ habe. Noch dubioser: Das Honorar in Höhe von rund 34 Millionen Euro sei jedoch mit Vertragsabschluss bereits an Bykow gezahlt worden und könne nicht zurückgefordert werden – selbst dann nicht, wenn „gar keine Lieferbeziehung zustande kommt“. Die Notwendigkeit der Verträge, folgern die Prüfer, sei „im Kontext der Brennstoffversorgung nicht nachvollziehbar“. Soll heißen: Für die Versorgung der EnBW-Kernkraftwerke mit Brennstäben werde Bykow schlichtweg nicht benötigt. Die Prüfer stützten vielmehr die Version des Russen. Laut Aussagen der EnBW-Kernkraftsparte seien die Verträge „mit der Intention geschlossen worden, für die Interessen im Gasbereich ein vorteilhaftes Klima zu schaffen“.

EnBW bestreitet die Angaben in dem Revisionsbericht nicht. Allerdings habe es sich um Vermutungen der Prüfer gehandelt. Die damals Verantwortlichen seien dem nicht weiter nachgegangen. Erst Villis habe Untersuchungen angestoßen.

Parallel wurde offenbar auch nach einem Kompromiss mit Bykow gesucht. Dieser berichtet von sechs schriftlichen Vorschlägen an EnBW, doch noch zu einer Einigung zu kommen. Alle scheiterten. EnBW schlug Lothar de Maizière, den letzten Ministerpräsidenten der DDR, als Vermittler vor. Im Frühjahr und Frühsommer 2010 traf man sich dreimal im Berliner Büro des ehemaligen Spitzenpolitikers. Ergebnislos. De Maizière hat inzwischen einen Brief an den Konzern geschrieben. Mit „großer Verwunderung“ habe er feststellen müssen, dass EnBW ihn gegenüber dem Schiedsgericht in Stockholm als Bykow-Berater und nicht als Vermittler dargestellt habe. De Maizière „hat gekocht wie ein Samowar“, sagt Bykow.

In seinem Moskauer Büro verfolgt Bykow jede Stellungnahme von EnBW. Auf ein Gespräch wartet er vergebens. „Die haben alle Angst vor mir“, sagt er.

Frank Dohmen, Matthias Schepp